



Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 14. Jg. • Juli 2014 • Nr. 40

Liste 1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands

	Gesamtliste	○ ○ ○ ○ ○
1	Wiedemann, Dagmar 1950, Rechtsanwältin i.R.	○ ○ ○ ○ ○
2	Domres, Thomas 1962, Postbote	○ ○ ○ ○ ○
3	Bester, Angelika 1960, Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Bereich	○ ○ ○ ○ ○
4	Gronau, Ralf-Georg 1956, gGmbH Geschäftsführer	○ ○ ○ ○ ○
5	Leineweber, Christopher 1975, Jurist	○ ○ ○ ○ ○
6	Winkel, Helgard 1939, Rentnerin	○ ○ ○ ○ ○



Die neue Bezirksfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Hamburg 2020 – Stadt auf Kurs“ lautet der aktuelle Claim unserer Bürgerschaftsfraktion und ich glaube unsere bisherige Bilanz kann sich gut sehen lassen, so gut, dass es realistisch erscheint, dass wir bei der kommenden Bürgerschaftswahl die Chance erhalten, dafür zu sorgen, dass Hamburg bis 2020 weiter von uns auf Kurs gehalten wird.

Die Bürgerinnen und Bürger können erkennen, dass wir unsere Wahlversprechen Stück für Stück abarbeiten, sei es der Wohnungsbau, die Abschaffung der Studiengebühren oder die Gebührenfreiheit der Kitas ab diesem Sommer und auch bei der Einhaltung der Schuldenbremse liegen wir nicht nur im, sondern über dem Plansoll.

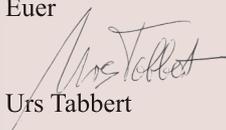
Jetzt gilt es im kommenden Bürgerschaftswahlkampf zum einen herauszustellen, dass unsere politischen Erfolge keine selbstverständliche Naturgesetzlichkeit sind, sondern Ergebnis harter politischer Arbeit.

Zum anderen sollten wir aber auch Perspektiven für die kommende 5-jährige Legislaturperiode aufzeigen. Unser Beitrag aus Hamburg-Nord dazu ist ein von Sönke Klages initiiertes Workshop des Kreises zum Wahlprogramm am 6. September (s. Terminhinweise S. 12).

Zahlreiches Erscheinen und kreative Beiträge aus der Mitgliedschaft sind ausdrücklich erwünscht!

Solidarische Grüße,

Euer



Urs Tabbert

Kreis Hamburg-Nord

Das Mentoring-Programm3
Zwei Seelen in
Hamburgs Brust3

Landespolitik

Familienfreundliches Hamburg:
Fünf Stunden gebührenfreie
Grundbetreuung für Kinder ..5
Versprechen gehalten7

Fair Trade

Faire Chancen für
fairen Kaffee6

Stadtentwicklung/Bildung

Neues aus dem Arbeitskreis
Stadtentwicklung8
Gaul und Ernst im AfB-Landes-
vorstand8

AfB/AG 60+

Was macht eigentlich die Ar-
beitsgemeinschaft 60plus? ..9

Abgeordnetenbüros10

Kreisvorstand11

Veranstaltungen12

Impressum12

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 25. Mai 2014 fanden die Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg erstmalig zusammen mit der Europawahl statt. Die SPD wurde im Bezirk Nord mit 33,0 Prozent bei der Europawahl und 33,9 Prozent bei der Bezirkswahl stärkste Partei und erzielte gegenüber der CDU jeweils einen deutlichen Vorsprung von rund 10 Prozentpunkten. Die annähernd gleichen Ergebnisse der SPD in beiden Wahlgängen bedeuteten im Vergleich zu den vorherigen Ergebnissen starke Verluste bei der Bezirkswahl und deutliche Gewinne bei der Europawahl.

Vieles wurde zur Analyse der Wahlen mit einer Beteiligung von deutlich unter 50 Prozent geschrieben und gesagt. Das komplizierte Wahlrecht zur Bezirkswahl mit 10 Stimmen, die auf Wahlkreis- und Bezirkslisten verteilt werden sollen, wird dabei zunehmend in Frage gestellt. In Hamburg-Mitte haben mit 31,2 Prozent weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten an der Bezirkswahl teilgenommen.

U n t e r dem Strich bleibt Folgendes: Erst m a l s seit 1994 wurde die Hamburger SPD wieder stärkste Partei bei einer Europawahl. In allen sieben Bezirksversammlungen stellen die SPD-Abgeordneten erneut die größte Fraktion und können sich damit auch in den kommenden fünf Jahren erfolgreich für eine sozialdemokratisch geprägte Kommunalpolitik in allen Bezirken einsetzen.



Der Kreisvorstand Hamburg-Nord hat nach Sondierungsgesprächen mit CDU und Grünen einstimmig beschlossen, eine rot-grüne Koalition in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord anzustreben. Die Verhandlungen mit den Grünen haben noch vor der Sommerpause begonnen. Wir wollen dem Kreisvorstand und der Kreisdelegiertenversammlung möglichst im Herbst einen Koalitionsvertrag vorlegen, mit dem die Ziele unseres Bezirkswahlprogramms umgesetzt werden können.

Ich wünsche Euch eine schöne und erholsame Sommerpause und einen guten Start in die zweite Jahreshälfte, die von dem beginnenden Bürgerschaftswahlkampf geprägt sein wird.

Herzliche Grüße



Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:	Gewerblicher Rechtsschutz
Allgemeines Zivilrecht	Verbraucherschutzrecht
Arbeitsrecht	Hochschulrecht
Strafrecht	Prüfungsrecht
Mietrecht	Personalvertretungsrecht
Internetrecht	Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr

**Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg
Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12**

Einsteigen und Mitmachen:

Das Mentoring-Programm

In der Zeit vom 29. August bis 26. September 2014 findet wieder ein Mentoring- Programm im Kreis Hamburg-Nord statt

Politik und Parteileben werden transparent gemacht und Berührungspunkte abgebaut - Einstieg und Mitmachen sollen erleichtert werden.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an neue Mitglieder. Aber auch Zugezogene aus anderen Bundesländern oder passive Mitglieder, die jetzt aktiv werden wollen, sind herzlich willkommen.

Das Programm beginnt mit einem Auftakttreffen für alle Interessierten, das dem Kennenlernen und der Terminplanung dient. Insgesamt können sich die Teilnehmenden aus einer Vielzahl von Veranstaltungen und Hintergrundgesprächen ihr ganz individuelles Programm zusammenstellen.

Alle Politikbereiche werden angeboten: Sitzungen der Vorstände, Arbeitskreise, der Distrikte, der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung. Zusätzlich gibt es Termine mit Abgeordneten und Hauptamtlichen. Es stehen den Teilnehmern verschiedene Ansprechpartner zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und Abläufe zu erklären.

Bei einem Abschlusstreffen ist dann Gelegenheit zu Feedback und Auswertung des Programms.

Eine Anmeldung ist erforderlich – dafür genügt ein Anruf oder eine E-Mail.

Weitere Informationen und Anmeldungen unter Tel. 0 40/ 4 60 30 42 oder per mail an hh-nord@spd.de.

Zwei Seelen in Hamburgs Brust

Als Lufthansa-Vorstandsvorsitzender Carsten Spohr kürzlich in Hamburg zur Taufe eines neuen A-380 auf den schönen Namen Hamburg weilte, machte er Bürgermeister Olaf Scholz ein Kompliment

Von Harald Rösler, Bezirksamtsleiter und Vorsitzender der Fluglärmenschutzkommission

Der Bürgermeister solle doch bitte mal in Berlin auch seinen Kollegen vermitteln, wie man vernünftig und verantwortungsvoll mit dem Luftverkehr umgehen sollte. Hamburg, drittgrößter Standort der Luftfahrtindustrie weltweit nach Seattle und Toulouse, mache das vorbildlich. Gleichwohl erzeugt das Thema natürlich auch in Hamburg ein Spannungsfeld. Bei der ersten öffentlichen Bürgerfragestunde der Fluglärmenschutzkommission am 13. Juni wurde das wieder einmal deutlich.

Das Thema ist schwierig. Während anderswo auf dem Weg vom und zum Flughafen viel Zeit für An- und Abfahrt verbraucht wird, in München sind es knapp 30 km, in Mailand knapp 50, startet und landet man in Hamburg mittenmang zwischen Fuhlsbüttel und Niendorf, Groß Borstel und Langenhorn. Flugreisende mögen das seit über 100 Jahren. Anwohnerinnen und Anwohner sehen das naturgemäß anders. Fliegen ist noch immer mit Lärm verbunden. Besonders schlimm war der Krach, den die erste Jet-Generation erzeugte. Am 2. März 1960 war die erste Boeing 707 der Lufthansa in Hamburg gelandet. Andere Propellermaschinen wurden ebenfalls auf moderne aber laute Strahlflugzeuge umgestellt: die französische Caravelle (Erstflug 1955), die britische Trident (Erstflug 1962) oder die BAC 1-11 (Erstflug 1963).

Die Donnerböcke jener Jahre heizten die Diskussion über eine Flughafenverlagerung an. Mitte der 60er Jahre verdichteten

sich Bestrebungen, im 53 km nördlich liegenden Heidloh bei Kaltenkirchen einen zukünftigen Großflughafen als Ersatz für Hamburg-Fuhlsbüttel und Lübeck-Blankensee anzulegen, um für mehr Ruhe in Hamburg, Norderstedt und Quickborn zu sorgen. Vor allem auch Abgeordnete aus Langenhorn, Otto Muxfeldt, Franz Röttel oder Hans Saalfeld, profilierten sich im Kampf gegen überbordenden Fluglärm. Hans Saalfeld stieß



1970 in der Bürgerschaft die Initiative zur Installation eines Fluglärmschutzbeauftragten bzw. einer Fluglärmschutzkommission an (der er bis auf den heutigen Tag angehört).

Bekanntlich entwickelte sich das Luftverkehrsgeschehen anders und führte im August vergangenen Jahres im Rahmen eines Luftverkehrskonzeptes der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum endgültigen Aus der Kaltenkirchen-Idee. Zwar stieg die Zahl der Flugbewegungen kontinuierlich an, aber der technische Fortschritt sorgte für leisere Antriebsaggregate und für größere Flugzeuge mit mehr Plätzen. Seit über 30 Jahren sorgen Lärmschutzprogramme dafür, dass Hausbesitzer im Lärmschutzbereich in Hamburg und Schleswig-Holstein finanzielle Unterstützung für bauliche Lärmschutzmaßnahmen erhalten. Der Flughafen hat hierfür inzwischen mehr als 38 Mio. EUR investiert. Mit dem Modernisierungsprogramm HAM 21 ist der Airport so überzeugend modernisiert worden, dass er international bestens mithalten kann.

Luftverkehr hat zwischenzeitlich für Hamburg an Bedeutung erheblich zugenommen. Rund 40.000 Menschen, viele hochqualifizierte Spezialisten, schaffen mittlerweile in den Großbetrieben von Airbus oder Lufthansa Technik sowie bei 300 Zulieferfirmen in Hamburg und der Nachbarschaft oder auf dem Flughafen selbst. Längst ist Luftverkehr neben Hamburgs nassem Hafen (132.500 Arbeitsplätze) ein wichtiges wirtschaftliches Standbein. Außerdem hat sich die Flughafenlandschaft verändert. Die deutschen Mega-Airports sind Frankfurt und München. Dann folgen nach den Verkehrszahlen Düsseldorf, Berlin-Tegel und Hamburg – auf Platz fünf. In der Nachbarschaft sind Kopenhagen-Kastrup und Amsterdam-Schiphol zu Drehkreuzen aufgestiegen. London, Europas Nr. 1, verzeichnet 72 Mio. Passagiere im Jahr, fünf mal mehr als Hamburg. Die Großflughäfen sind verteilt. Berlin bastelt am BER und Lübeck-Blankensee, Schleswig-Holsteins größter Flughafen, ist insolvent. Im August stellt auch Billigflieger Ryan Air den Betrieb zu seiner Destination „Hamburg-Lübeck“ ein.

Die Hamburger Flugbewegungen haben sich inzwischen seit 2010 unter 155.000 eingependelt. 2007 waren das noch über 170.000. Die eingesetzten Maschinen sind größer und voller besetzt, aber sie erzeugen eben immer noch beim An- vor allem beim Abflug, Lärm. Wenn z.B. Bauarbeiten dazu zwingen, den Betrieb auf Hamburgs gekreuztem Bahnsystem deutlich erkennbar zu verändern, häufen sich bei der Fluglärmschutzbeauftragten die Beschwerden. Letztes Jahr waren es mehrwöchige Instandsetzungsarbeiten am Startbahnhof in Niendorf. Plötzlich schwoll der Verkehr über Alsterdorf/Barmbek/Hamm dauerhaft an.

Benutzung der Hauptstartbahn unter Sicherheitsvorbehalt

Normalerweise gelten folgende Regeln: Gestartet werden soll möglichst Richtung Norden (Ohmoor/Quickborn). Die Bahn Richtung Süden Alsterdorf/Innenstadt/Hamm), soll am besten nicht benutzt werden. Zwischen 22 und 7 Uhr sollen auch Landungen aus Richtung Norden erfolgen. Von 23 Uhr bis 6 Uhr herrscht in Hamburg Nachtflugverbot. Dieser Verteilungsgrundsatz steht allerdings unter Sicherheitsvorbehalt. Die Entscheidung hierfür tragen die jeweils diensthabenden Fluglotsen der

Deutschen Flugsicherung. Diese Verteilung zielt darauf ab, möglichst wenig Menschen mit Fluglärm zu belasten. Richtung Norden ist die Besiedelung vergleichsweise am dünnsten. Z.B. Quickborn liegt 10 km entfernt. Unter dem Strich finden in Hamburg 60% der Starts in Richtung Norden, 31% Richtung Niendorf/Blankenese, 6% Richtung Langenhorn/Lemsahl und nur 3% Richtung Alsterdorf statt.

Gelandet wird überwiegend (51%) aus Richtung Lemsahl/Langenhorn. 26% landen aus Richtung Quickborn/Ohmoor und 18% aus Blankenese/Niendorf. Aus Richtung Hamm/Alsterdorf sind es im langjährigen Durchschnitt nur 4%. Windverhältnisse und Bauarbeiten können eine Schwankungsbreite bis zu 10% erzeugen. In den Walddörfern wie auch in Barmbek hatte sich in letzter Zeit die Kritik an Lärm und Lärmverteilung verstärkt, natürlich nicht zu vergleichen mit Auseinandersetzungen wie in Berlin, München oder Frankfurt. Gleichwohl befasste sich die Bürgerschaft mit dem Thema und beschloss im Frühjahr, allerdings bei Enthaltung der Linken, ein Ersuchen an den Senat.

Bürgerschaft fordert Untersuchung von Verbesserungsmöglichkeiten

Danach sollen mit Fluglärmschutzkommission, Flugsicherung und Airport verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten untersucht und die Ergebnisse im Herbst berichtet werden. Dazu gehören Möglichkeiten für leisere Standardanflugverfahren, der Einsatz modernster lärmreduzierter Flugzeuge wie A-320 neo und A-321 neo, die Weiterentwicklung der Landeentgeltregelung zugunsten leiserer Maschinen und weitere Prüfaufgaben.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Fluglärmschutzkommission, ausgelöst durch aktuelle Beschwerdelagen, mit der Frage befasst, wie sie sich stärker Bürgerinnen und Bürgern für einen direkteren Dialog öffnen kann. Die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der Kommission begünstigen eher eine von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Beratungstätigkeit.

Gemäß § 32 b Luftverkehrsgesetz werden Fluglärmschutzkommissionen an allen jenen Flughäfen installiert, die dem Fluglinienverkehr angeschlossen sind und für die ein Lärmschutzbereich nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm festgesetzt ist. Die Fluglärmschutzkommission hat die Genehmigungsbehörde (in Hamburg die BWVI) sowie dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und der Flugsicherungsorganisation Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen Fluglärm oder zur Verringerung der Luftverunreinigung durch Luftfahrzeuge in der Umgebung des Flugplatzes vorzuschlagen. Umgekehrt ist von diesen Stellen die Kommission über beabsichtigte Maßnahmen zu unterrichten.

Der Kommission sollen angehören: Vertreter der vom Fluglärm in der Umgebung des Flugplatzes betroffenen Gemeinden, Vertreter der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Vertreter der Luftfahrzeughalter, Vertreter des Flugplatzunternehmers, Vertreter der von der Landesregierung bestimmten obersten Landesbehörden. In die Kommission können weitere Mitglieder berufen werden, soweit es die besonderen Umstände des Einzelfalles erfordern. In die Kommission sollen nicht mehr als 15 Mitglieder berufen werden. Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich.

Die Mitglieder der Kommission werden von der Genehmigungsbehörde berufen. Die Kommission gibt sich eine Geschäfts-

ordnung und wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Die Geschäftsordnung und die Wahl des Vorsitzenden bedürfen der Zustimmung der Genehmigungsbehörde. Dieser etwas sperrige Rahmen hat, übrigens bundesweit, dazu geführt, dass Fluglärmkommissionen für Normalbürger kaum zugänglich waren. Hamburg war vergleichsweise immer schon ein wenig offener. So findet man im Internet die Protokolle der Sitzungen der vergangenen Jahre. Aber noch immer gilt der Grundsatz, dass Kommissionssitzungen nicht öffentlich stattfinden.

Erste Bürgersprechstunde vor der 213. Sitzung

Vor ihrer 213. Sitzung (!) hatte nun die Kommission erstmalig eine aktuelle Bürgerfragestunde. Mehr als 30 Bürgerin-

nen und Bürger aus Hamburg und Umgebung fanden den Weg zum Sitzungssaal im Verwaltungsgebäude an der Flughafenstraße. Im Kern drehten sich mehrere Fragen um die vermeintliche Ungerechtigkeit bei der Lärmverteilung aber auch um Fachfragen. Beispiele: „Warum fliegen die Maschinen nicht mittig in der Anflugzone?“ „Wurde der Anflugwinkel zur Bahn 23 in den letzten Jahren verändert?“ Rund 60 Minuten beantworteten Fachvertreter wie BWVI-Vertreterin Dr. Ina Tjardes, Fluglotsen-Chefin Christine Schierhorn, Fluglärm-schutzbeauftragte Dr. Gudrun Pieroh-Joußen bzw. ihr Mitarbeiter Dr. Uwe Schacht, TUIfly-Stationspilot Matthias Wallner, Airport-Umweltmann Axel Schmidt oder Kommissionsmitglieder wie Reimer Lange, Kreis Pinneberg, Gebhard Kraft und Dr. Claus Schülke von der Bundesvereinigung gegen Fluglärm die Fragen.

In der dann folgenden regulären Sitzung waren sich die Kommissionsmitglieder spontan einig. Der Einstieg in einen offeneren Bürgerdialog war gelungen und nichts spricht gegen die Durchführung der geplanten drei weiteren Bürgerfragestunden (Nächster Termin: 5. September 2014, 9.15 Uhr). Am Ende wird die Kommission zu bewerten haben, ob sie diese Fragestunde dauerhaft anbieten wird. Bei einem bundesweiten Treffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) in Düsseldorf fand das Hamburger Vorgehen jüngst großes Interesse. Hamburg gilt dort in vielerlei Belangen des Fluglärmschutzes als vorbildlich. Insofern verwundert es nicht, dass die ADF-Frühjahrstagung 2016 in Hamburg stattfinden soll. Dann dürfte die Bürgerfragestunde längst Routine sein – wahrscheinlich nicht nur in Hamburg. ●

Familienfreundliches Hamburg: Fünf Stunden gebührenfreie Grundbetreuung für Kinder



Von Dorothee Martin

In Deutschland sind sich dem Worte nach alle einig: Wir müssen in die Bildung investieren, um in Zukunft nicht nur wettbewerbsfähig zu sein, sondern auch, um Aufstiegschancen zu verbessern und so den nötigen sozialen Ausgleich für den wichtigen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu schaffen. Und wir müssen Anreize schaffen, da-

mit sich mehr Menschen für eine Familiengründung entscheiden. In den meisten Fällen folgen diesen Worten jedoch keine Taten, sobald es an die konkrete Finanzierung geht. Den Hamburger Sozialdemokraten ist nun gelungen, woran viele scheitern:

Als erstes Bundesland hat Hamburg ab dem 1. August eine flächendeckende, fünfstündige Betreuung für Kinder – Mittagessen inklusive. Dies hat die Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linke am 4. Juni beschlossen. Direkt nach der Wahl 2011 hatte die SPD bereits die unverantwortliche Erhöhung des schwarz-grünen Vorgängersensates rückgängig gemacht. Nun ist die Stadt in der Lage, die unsozialen Gebühren ganz abzuschaffen. Das ist nicht nur eine gute Nachricht für Eltern und Kinder, die mit bis zu 192 Euro pro Monat entlastet werden, sondern für alle Menschen in unserer Stadt und die folgenden Generationen.

Für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion ist es eine große Freude zu sehen, dass sich unsere familienfreundliche und soziale Politik, für die wir schon zu Oppositionszeiten einstanden, nun in konkretem Regierungshandeln niederschlägt. Es handelt sich hier nicht um ein teures Entlastungspaket, von dem letztlich kaum einer profitiert, sondern um eine einfache und konkrete Maßnahme, die Familien spürbar entlasten wird.

Damit setzt der SPD-Senat ein weiteres, wichtiges Wahlversprechen um. Schon mit der Erteilung von über 30.000 Baugenehmigungen sowie 6.400 gebauten Wohnungen im letzten Jahr, der Stabilisierung des Haushaltes sowie der Abschaffung der Studiengebühren wurden wichtige Maßnahmen für ein gerechteres, sozialeres und zukunftsfähiges Hamburg umgesetzt. Ganz anders die Opposition: Die CDU führt – gemeinsam mit der FDP – ihren unsozialen Kurs fort und stimmte in der Bürgerschaft gegen die Abschaffung der Gebühren.

Rund 59.000 Kinder bzw. deren Familien können von fünf beitragsfreien Stunden sowie den verminderten Elternbeiträgen für eine umfangreichere Betreuung profitieren. Behinderte Kinder werden sechs Stunden täglich beitragsfrei betreut, denn unsere Gesellschaft muss solidarisch mit denjenigen umgehen, die es schwerer haben als andere. Nicht nur, weil jeder von uns betroffen sein könnte, sondern auch, weil es richtig ist.

Alle Informationen und die genauen Beträge unter: <http://www.hamburg.de/elternbeitrag>. ●



Faire Chancen für fairen Kaffee

Hamburgs SPD will fair gehandelten Kaffee von der Kaffeesteuer befreien – Lokales Handeln für globale Gerechtigkeit

Von Sven Tode

Im letzten Nordwind hatte ich Euch über unser Ziel in der SPD-Bürgerschaftsfraktion berichtet, den „Fairen Handel“ zu stärken, also den Handel mit Produkten, aus denen die Arbeiterinnen und Arbeiter und die kleinen Selbständigen in den Erzeugerländern ausreichende und gerechte Einkommen erzielen und unter humanen Bedingungen arbeiten und leben können. Als erste Initiative dafür hatten wir letztes Jahr beschlossen, dass die Stadt Hamburg so weit wie möglich nur noch fair gehandelte Waren einkauft.

Nun haben wir die nächste Idee auf den Weg gebracht: Auf meinen Vorschlag hin hat die Bürgerschaft im Mai einen SPD-Antrag beschlossen, der den Senat auffordert, sich auf Bundesebene für eine Befreiung von fair gehandeltem Kaffee von der Kaffeesteuer einzusetzen. Dieser Beschluss ist schnell auf große öffentliche Resonanz gestoßen: Sogar der „Spiegel“ hat bereits über diesen Beschluss berichtet.

Warum machen wir das? Deutschland ist Kaffeeland: jeder Deutsche konsumiert im Schnitt 150 Liter des aromatischen Wachmachers pro Jahr, das ist weltweit Spitze. Und Hamburg ist Kaffeestadt: der Hafen ist Europas größter Umschlagplatz für die braunen Bohnen. Und aktuell ist Kaffee besonders beliebt, denn er ist besonders günstig – so günstig wie schon viele Jahre nicht mehr.

Doch was des einen Freud, ist des anderen Leid. Die anderen, das sind die ungefähr 25 Millionen Kaffeebauern in den Anbauländern wie Brasilien, Vietnam oder Äthiopien mit ihren kleinen Betrieben und Familien. Denn niedrige Kaffeepreise bei uns bedeuten niedrige Einkommen für sie, für die rund 100 Millionen Menschen, die in der sogenannten Dritten Welt vom Kaffeeanbau abhängig sind.

Preise für Rohkaffee auf historischem Tiefstand



Zu Jahresbeginn lag der Preis für das Pfund Rohkaffee an den Kaffeebörsen nur knapp über einem US-Dollar – zu wenig, um auf Dauer davon existieren zu können. Derzeit steigt er

zwar, aber die enormen Schwankungen bleiben, und damit die Unsicherheit.

Aber es geht auch anders, wie schon seit Jahrzehnten engagierte Initiativen und Handelsnetzwerke wie etwa die GEPA zeigen. Ihr Prinzip lautet „Fair Trade“, fairer Handel. Das be-



deutet, dass die Kaffeeproduzenten zu jeder Zeit unabhängig vom stark schwankenden Marktpreis einen garantierten Mindestpreis bekommen, der hoch genug ist, um davon gut leben und auch sozialen Fortschritt in den Dörfern und Kooperativen finanzieren zu können, wie etwa Schulen und Krankenhäuser. Aktuell liegt dieser Fair Trade-Preis bei 160 US-Cent pro Pfund, für Bio-Kaffe sogar bei 190 US-Cent.

Die Konsequenz aus der gerechten Bezahlung der Produzenten ist natürlich, dass der Preis für die Endverbraucher hierzulande deutlich höher ist als für den konventionellen, nicht fair gehandelten Kaffee. Trotz einer grundsätzlich großen Bereitschaft der Deutschen, Nachhaltigkeit und fairen Handel zu unterstützen, hält diese erhebliche Preisdifferenz noch viele davon ab, fairen Kaffee einzukaufen. Der Marktanteil von fair gehandeltem Kaffee liegt aktuell bei gerade einmal 2,3 Prozent. Deshalb wollen wir mit unserer Initiative dem fair gehandelten Kaffee zu gleichen Chancen auf dem Markt verhelfen.

Gut ein Euro Kaffeesteuer pro Pfund

Die Idee ist einfach: Kaum jemand weiß, dass es in Deutschland noch eine Kaffeesteuer gibt. Und sie ist nicht gering: Auf jedes Pfund Röstkaffee zahlen wir knapp 1,10 Euro Kaffeesteuer. Wenn wir den fair gehandelten Kaffee nun von dieser Steuer befreien, kann er um diesen Betrag günstiger werden und so besser mit dem konventionellen Kaffee konkurrieren.

Chancengleichheit für fair trade herstellen!

Wir wollen Chancengleichheit herstellen: Fairness und Gerechtigkeit sollen kein Luxus sein. Wer fair handelt und deshalb höhere Kosten hat, soll dadurch am Markt nicht benachteiligt werden. Deshalb wäre die Befreiung von der Kaffeesteuer ein fairer Ausgleich und eine wirksame Unterstützung für einen globalen Handel, der allen nützt und niemanden ausbeutet – auch nicht die Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Wir werden deshalb die Bundesregierung bitten, entsprechende klare und transparente Kriterien für die Befreiung festzulegen und auch wirksam zu kontrollieren.

Um zu erreichen, dass die Ersparnis aufgrund des Steuererlasses auch bei den Verbrauchern ankommt, soll die Bundesregierung die Kaffeewirtschaft und den Handel in einer öffentlichen Initiative einbeziehen und mittels eines Agreements dafür gewinnen, gemeinsam den fairen Handel zu stärken. Dass es dazu eine große Bereitschaft gibt, zeigt sich bereits: Schon jetzt haben uns unter anderem der bekannte „Kaffeekönig“ Albert Darboven und Budnikowski-Geschäftsführer Christoph Wöhlke ihre Unterstützung zugesagt. ●

Versprechen gehalten

Eine Kurzbilanz von gut drei Jahren SPD-Regierung in Hamburg

Von Urs Tabbert

Wir sind im Frühjahr 2011 angetreten, um Hamburg wieder ordentlich zu regieren. Die letzte Sommerpause vor der Bürgerschaftswahl ist daher ein guter Zeitpunkt, um eine kurze Bilanz der Highlights der Legislaturperiode zu ziehen, die sicher etwas subjektiv eingefärbt ist und dabei noch einen Fokus auf unseren Bezirk richtet:

Im Bereich Bildung realisieren wir ab diesem Sommer die gebührenfreie Kinderbetreuung in Hamburgs Kitas, nachdem wir das Wahlversprechen der Abschaffung der Studiengebühren bereits eingelöst haben.

Auch im Wohnungsbau erreichen bzw. übertreffen wir die Zielzahlen inzwischen: alleine 2013 wurden 6407 neue Wohnungen gebaut, darunter ein hoher Anteil an Sozialwohnungen. Hamburg-Nord liegt bei der Zahl der erteilten Baugenehmigungen dabei ganz vorne: Seit 2011 über 6.500!

Bei uns im Bezirk konnte die Fraktion aus Mitteln des Sanierungsfonds Hamburg 2020 unter anderem die Sanierung des Planetariums sowie des Planschbeckens und des Spielplatzes im Stadtpark rechtzeitig zum 100-jährigen Jubiläum des Stadtparks auf den Weg bringen.

Anlässlich der Neustrukturierung des Justizvollzugs haben wir das auch vollzughich unsinnige Vorhaben des schwarz-grünen Vorgängersensats, auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel offenen und geschlossenen Vollzug zusammenzulegen, gestoppt (stattdessen bauen wir den offenen Vollzug auf dem Gelände der JVA Glasmoor aus) und haben dadurch dem Bezirk eine weitere Möglichkeit für Wohnungsbau auf einem Teil des Geländes der JVA Fuhlsbüttel ermöglicht.

Darüber hinaus haben wir Impulse aus der Bürgergesellschaft aufgegriffen und erfolgreich in einem breiten politischen Konsens zur Umsetzung zu verholffen. Ich denke dabei an die Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Form der Ausweitung der Möglichkeiten für einen Konsens zwischen Politik und Bürgerinitiativen ebenso wie an die Absenkung des Wahlalters auf 16, aber vor allem an die Umsetzung des Transparenzgesetzes, mit dem wir Hamburg zur Transparenzhauptstadt in Europa gemacht haben.

Hier haben wir zusammen mit der Initiative „Transparenz schafft Vertrauen“ einen Gesetzentwurf erarbeitet und letztlich fraktionsübergreifend in der Bürgerschaft verabschiedet, der Politik und Verwaltung noch näher an die Bürgerinnen und Bürger bringt. Das Kernstück, das sogenannte Informationsregister wird demnächst im Oktober 2014 online gehen.

Dass es uns gelungen ist, bei der Umsetzung all dieser Vorhaben auch noch die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, macht uns glaube ich besonders glaubwürdig ebenso wie die Tatsache, dass Partei, Fraktion und Senat in dieser Legislaturpe-

riode bei allen notwendigen internen Diskussionsprozessen stets ein geschlossenes Bild abgegeben haben.

Gute Voraussetzungen, um die Stadt weiter auf Kurs zu halten!

Bürgerschaftsfraktion Hamburg
SPD

3

JAHRE POLITIK FÜR HAMBURG
**VERSPRECHEN
GEHALTEN**

www.spd-fraktion-hamburg.de

**UNSER
VERSPRECHEN:**

Hamburgs Finanzen
Schritt für Schritt
in Ordnung bringen

Mit der Aufstellung der beiden Haushaltspläne für 2011/12 und 2013/14 haben wir die durchschnittliche Ausgabensteigerung auf unter 1 Prozent gesenkt – das ist kluges Haushalten ohne unerfüllbare Sparprogramme. Trotz Konsolidierung gibt es besondere Schonbereiche. Wir stellen zum Beispiel sicher, dass es bei den Vollzugsbeamtinnen und -beamten von Polizei und Feuerwehr keine Stellenstreichungen gibt. Gleichzeitig sichern wir mit Ausbildungsöffensiven für Polizei und Feuerwehr den notwendigen Nachwuchs für die innere Sicherheit unserer Stadt. Auch die unverzichtbaren Bürgerdienstleistungen in den Bezirken werden mit einer überdurchschnittlichen Ausgabensteigerung besonders berücksichtigt.

- Konjunkturelle **STEUERMEHREINNAHMEN** wurden nicht für neue Projekte verbubelt, sondern insbesondere zur geringeren Kreditaufnahme genutzt.
- Gemeinsam mit GRÜNEN und FDP haben wir die **SCHULDENBREMSE** in der Hamburgischen Verfassung verankert. Wir haben ein Finanzrahmengesetz mit festen Ausgabengrenzen verabschiedet. Damit gehen wir einen sozial verträglichen Weg zu einem Hamburg ohne neue Schulden bis spätestens 2019 – ein sofortiger Schuldenstopp wäre nicht zu verantworten.
- Die Tatsache, dass wir den **TARIFABSCHLUSS IM ÖFFENTLICHEN DIENST** – trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen – eins zu eins auf die Beamtenschaft übertragen haben, unterstreicht unsere Wertschätzung.

**VERSPRECHEN
GEHALTEN**

Neues aus dem AK Stadtentwicklung

„Freiraumoffensive“ – Was verbirgt sich hinter diesem Schlagwort?

Von Karin Ros

Wenn nicht die Stadtwerkstatt dazwischen gekommen wäre, hätte unser Arbeitskreis Stadtentwicklung „ganz normal“ am 28. Mai in unserem Kreisbüro getagt. Aber der Zufall wollte es, dass unser Termin mit dieser Veranstaltung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zusammenfiel. Also verlegten wir kurzerhand den regulären Termin in das Audimax der Bucerius Law School und trafen uns dort um an der hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung zum Thema „Perspektiven der Stadtentwicklung“ teilzunehmen. Inhaltlicher Schwerpunkt war die „grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser“.

Eingestimmt wurden wir durch unsere Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau und einem smarten Werbetrailer, der den engen Bezug zwischen hochverdichteter Stadt und qualitätsvollem Freiraum skizziert und gleichzeitig die Zielrichtung des Senats inhaltlich bereits anschnidet. Im Anschluss stellte unser Erster Bürgermeister Olaf Scholz das Konzept „Mehr Stadt in der Stadt – Gemeinsam zu mehr Freiraumqualität in Hamburg“ in einem sehr prägnanten Vortrag vor (nachzulesen unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/4333178/data/rede-olaf-scholz.pdf>). Auf dem Podium diskutierten mit Olaf Scholz die Professorin Elke Pahl-Weber (TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung Fachgebiet Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten), Marco Lohmann (Vorstandsvorsitzender der Baugenossenschaft Bergedorf-Bille) und Matthias Iken (Hamburger Abendblatt). Im Anschluss hatte das Publikum Gelegenheit zu Rückfragen und Statements.

Das Schlusswort sprach Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter.

Einige Schlagworte des Vortrages und der Diskussion möchte ich hier noch einmal aufgreifen.

Ein zunehmend wichtiger Aspekt zum Thema Stadt ist die fußläufige Erreichbarkeit aller wesentlichen Bereiche des Lebens. Olaf Scholz verwies in diesem Zusammenhang auf den amerikanischen Index <http://www.walkscore.com/>. Hier wird für innerstädtische Lagen die Erreichbarkeit von wichtigen „Anlaufpunkten“ in Schritten angegeben. Die Jarrestraße z.B. ist auf neudeutsch „very walky“! Die Tendenz geht in Richtung mehr urbane, gemischte Quartiere und damit auch zu einer höheren Dichte im Gewerbebereich. Gewerbehöfe können durchaus mehrgeschossig sein. Allerdings unterstützt das BbauG eine engere Durchmischung von Gewerbe und Wohnen eher nicht. Hier besteht Handlungsbedarf.

Unser Bürgermeister spricht sich klar für ausreichend Grün in unserer Stadt aus. Dieses ist unverzichtbar. Unbedingt zu erhalten sind Fritz Schumachers Landschaftsachsen.

Er sagt auch, dass es im Zuge der Verdichtung durch Wohnungsbau mehr Ausgleichsprojekte geben soll und Grünanlagen in der Umgebung von Neubauten aufgewertet werden sollen. Insgesamt wird in den nächsten Jahren mit 30.000 bis 90.000 neuen Einwohnern zu rechnen sein.

Pahl-Weber führt an, dass für die Stadtentwicklung der Aspekt des Klimawandels ein wichtiger zu berücksichtigender Faktor ist. Hitzeinseln müssen vermieden werden und Grünbereiche erhalten werden.

Auch das Bürgerinteresse war Diskussionsthema und wurde wie folgt skizziert: Erst ist das Bürgerinteresse klein, wenn die Bagger erst rollen, ist das Bürgerinteresse

groß. Hier muss nachjustiert werden um die Bürger so früh wie möglich einzubeziehen. Als besonders gutes Beispiel für Bürgerbeteiligungsverfahren wurde die Stadt Mannheim genannt.



Noch ein interessantes Schlagwort, die smart city, wurde genannt und direkt in Verbindung zu der Metropole Hamburg gesetzt. Die smart city, die vernetzte und kluge Stadt, verbessert die Lebensqualität der Menschen durch intelligente, innovative Infrastrukturen, die helfen, Mobilität effizienter zu machen, Ressourcen zu schonen und negative Umwelteinflüsse zu reduzieren. Sensorik und Informationstechnologien werden dabei zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Auf dieser Website ist nachzulesen, wie sich Olaf Scholz die Entwicklung Hamburgs zu einer smart city vorstellt und mit welchen Technologiepartnern die Weichen gestellt werden: <http://www.hamburg.de/smart-city/>.

Den Rückblick auf die Veranstaltung und den Trailer findet ihr unter folgender Website: <http://www.hamburg.de/stadtwerkstatt/veranstaltungen/4321344/6-dialogveranstaltung-rueckblick/>. Willst Du Dich über diese Themen und unsere aktuellen Agenda unterhalten, Dich konstruktiv einbringen und aktiv an der Stadtentwicklungspolitik von Hamburg-Nord mitwirken, dann sei dabei und komme am Mittwoch, den 9. Juli 2014 um 20 Uhr in den Sitzungsraum des Kreisbüros, Am Hasenberge 44. Wir freuen uns auf Dich!

Gaul und Ernst im AfB-Landesvorstand

Die AG für Bildungsfragen hat im März 2014 einen neuen Vorstand gewählt

Von Uwe Gaul

Dem Gremium gehören zur Hälfte Mitglieder an, die auch im vorherigen Vorstand vertreten waren und zur anderen Hälfte Genossinnen und Genos-

sen, die neu gewählt wurden. Damit ist es der AfB einerseits gelungen, die Verankerung aller sieben Hamburger Bezirke im AfB-Landesvorstand sicherzustellen, und andererseits hat sich die AfB fachlich und altersmäßig deutlich breiter aufgestellt.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Uwe Gaul (Vorsitz); Meike Jensen und Renate Wiegand (stellvertretende Vorsitzende); Irene Appiah, Anja Boneß, Jens Burghard, Tobias Ernst, Nils Harringa, Gerhard Lein, Claudia Loss, Claudia Mahler,

Vanessa Mohnke, Ulla Wolfram (Beisitzende).

Auf der am 9. und 10. Mai 2014 stattfindenden AfB-Bundeskonferenz im Willy-Brandt-Haus in Berlin betonte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi die besondere Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften als Multiplikatoren für die Vermittlung zwischen Politik und den BürgerInnen außerhalb der SPD und hob dabei besonders die Rolle der AfB für das strategisch besonders wichtige Politikfeld Bildung hervor. Dies ist für uns ein weiterer Ansporn für bildungspolitisches Wirken und roter Faden für die Arbeit in den kommenden Jahren.

Wichtig bleibt deshalb auch die Nähe der AfB zu den Distrikten und Mitgliedern vor Ort. Der Landesvorstand hat daher nicht nur noch einmal seine Bereitschaft zur Unterstützung bei der Erörterung von Bildungsthemen im weitesten Sinne bekräftigt, sondern zugleich entschieden, Veranstaltungen zu besonders wichtigen Themen vor Ort in und in Kooperation mit den Distrikten durchzuführen. Aktuell sind bereits zwei Abende fest geplant. Renate Schmidt, unsere ehemalige Bundesfamilienministerin,

wird Anfang 2015 nach Hamburg kommen und mit Peter Daschner in Hamburg-Mitte über den Zusammenhang von Bildung und Familie diskutieren. Die brandenburgische Bildungs- und Jugendministerin Dr. Martina Münch wird als Gast in Hamburg-Nord erwartet und u.a. über inklusive Bildung und die Rolle der kommunalen Jugendhilfe im Kontext der Schulentwicklung diskutieren. Der Abend wird eine gemeinsame Veranstaltung des Distrikts Winterhude-Nord mit der Bürgerschaftsfraktion und der Landes-AfB. Bereits in der vorausgegangenen Periode hat sich der Vorstand mit den jugend- und schulpolitischen Sprecher/n/innen der Bezirke zu einem Austausch über Landes- und Bezirkspolitische Themen getroffen – diese Gesprächsreihe wird fortgesetzt.

Die AfB ist innerhalb der SPD die Arbeitsgemeinschaft, die für drei große Themenfelder ansprechbar ist: Jugend und Familie, Allgemeinbildung (also Schule, Berufsbildung und Weiterbildung) sowie Wissenschaft/Hochschule. Zukünftig sollen diese Themen durch Arbeitskreise unter dem Dach der AfB auch ihren Platz in der Partei finden.

Im Juni 2013 hatte die AfB unter dem Motto „Weil Bildung unsere Sache ist“ zum Landesbildungskongress eingeladen. Neben Olaf Scholz waren auch die rheinland-pfälzische Landesbildungsministerin Doris Ahnen, der Sprecher der Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann sowie einige andere „Bildungsgrößen“ als Referenten dabei.

Für November 2014 ist erneut ein Kongress geplant. Der AfB liegen bereits jetzt einige Zusagen von „Partei-Promis“ vor, so dass der im Wahlkampfkontext geplante Landeskongress wieder Schwung für die Genossen mitbringen wird, die sich für Bildungsfragen besonders engagieren oder aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung von Bildungsthemen im Landtagswahlkampf hier vertiefende Informationen wünschen.

Interessierte können sich bereits jetzt bei Uwe Gaul (Kontakt: uwe.gaul@free-net.de) vormerken lassen und werden dann nach Fertigstellung des Veranstaltungsflyers direkt eingeladen.

Für weitere Informationen stehen die Vorstandsmitglieder gern zur Verfügung. ●

Was macht eigentlich die AG 60plus?

Es ist auch Eckhard Helms zu verdanken, dass diese Frage zuletzt nicht mehr häufig gestellt wurde

Von Hans-Lüder Hilken

Eckhard Helms hat sich als Kreisvorsitzender der AG 60plus viele Jahre vehement für die Sorgen und die Nöte der älteren Generation eingesetzt. Bezahlbare Mieten, auskömmliche Renten und eine Bürgerversicherung waren die Themen, die ihm am Herzen lagen. Stets präsent, aber nicht nach vorn drängelnd, wusste er seine Anliegen mit außerordentlicher Beharrlichkeit deutlich auszusprechen.



Eckhard Helms †

Eckhard war seit Jahren gesundheitlich angeschlagen. Aber mit seinem Elan, seinem Optimismus und seiner positive Einstellung – nicht zu vergessen seinem verschmitzten Lachen – hat er sich bis zuletzt für die SPD sowie für die älteren Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt eingesetzt. Am 28.03.2014 ist Eckhard verstorben. Wir werden unsere Arbeit in der AG 60plus in seinem Sinne fortsetzen.

Auf unserer Mitgliederversammlung am 19.02.2014 wurde Eckhard Helms noch als Vorsitzender bestätigt und Helgard Winkel und Werner Hansen als Stellvertreterin und Stellvertreter wieder gewählt. Als Beisitzer wurden Monika Biedermann, Bärbel Buck, Frank Feiling, Hans-Lüder Hilken, Rosmarie Mohr, Rolf-Dieter Scheel und Antje Valentien bestätigt bzw. neu gewählt. Leider haben sich wieder aus einigen Distrikten keine Kandidaten zur Wahl gestellt. Von den elf Distrikten in Hamburg-Nord sind nur fünf Distrikte im Kreisvorstand vertreten. Um eine breitere Beteiligung der Distrikte werden wir uns in den nächsten Jahren bemühen.

Mitglieder der AG 60plus haben sich in den vergangenen Jahren an vielen Aktionen des Kreises beteiligt. So waren wir an vielen Marktständen, dem Bäckerbus in der Mönckebergstraße, dem roten Würfel auf dem Marie-Jonas-Platz und vielen anderen Orten für die Bürgerschaftswahl 2011, die Bundestagswahl 2013, die Europawahl und die Wahl zur Bezirksversammlung in diesem Jahr mit Mitgliedern des Kreisvorstandes vertreten. Öffentliche Veranstaltungen haben wir gemeinsam mit den Jusos durchgeführt.

Auch um deutlich zu zeigen, dass es bei uns keinen Generationenkonflikt gibt. Junioren und Senioren bewältigen gemeinsam die Probleme der Gegenwart und arbeiten gemeinsam an einer lebenswerteren Zukunft.



Die neue Vorsitzende Helgard Winkel

Ende 2012 bis Mitte 2013 haben wir in einer großangelegten Umfrage die Sorgen und die Stimmung der älteren Generation erforscht. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden wir in den nächsten Monaten und Jahren bei unserer Arbeit berücksichtigen. Zwei Höhepunkte aus den vergangenen Jahren, im August 2012 eine dreitägige Fahrt nach Berlin und im September 2013 eine Fahrt nach Brüssel, waren auch ein wenig Belohnung für die Mühen des Alltags. Wir treffen uns an jeden 1. Montag im Monat um 10 h in der Geschäftsstelle Am Hasenberge 44 und freuen uns über jeden neuen Gast oder auch ständigen Teilnehmer. ●

Abgeordnetenbüros

Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21 A · 22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08 · Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de · www.ksenija-bekeris.de
Mitarbeiter: Alex Kleinow, Sören Tomasek
Mo. 9–13, Di. u. Fr. 9.30–13, Do. 13.30–19 Uhr
(barrierefrei erreichbar)

Anja Domres

trat zum 1. Juli 2014 als Abgeordnete zurück, da sie stellvertretende Leitern des Hamburger Verfassungsschutzes wurde. Als Wahlkreisabgeordneter folgt Ihr Jenspeter Rosenfeldt – Büro- und Kommunikationsdaten lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Gunnar Eisold

Essener Straße 4 · VALVO-Park, Eingang D3
2 .Stock, Zi. 1.1 · 22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40 · Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de
www.gunnareisold.de
Mitarbeiter: Helgard Winkel, Godwin Eboh,
Irina Pantschenko

Daniel Gritz

Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 68 89 20-170 · Fax: 68 89 20-171
Daniel.Gritz@SPD-Fraktion-Hamburg.de
Mitarbeiter: Lars Möller, Cornelius Seyfarth
Bürozeiten: Di., Mi., Bürgersprechstunde: Mo., Do.,
Fr., Sa. nach Absprache

Dorothee Martin

Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27 · Fax: 32 84 34 29
info@dorotheemartin.de · www.dorotheemartin.de
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister,
Morlin Schmerfeldt, Gabi Greguhn
Bürozeiten: Mo. 10–14, Di. 15.30–19.30, Mi. 10–14,
Do. 15.30–19.30, Sa. 10–14 Uhr

Barbara Nitruich

Borsteler Chaussee 92 · 22452 Hamburg
Tel.: 52 87 87 92 · Fax: 52 90 15 77
barbara.nitruich@spd-fraktion-hamburg.de
Mitarbeiter: Andreas Ernst, Christine Faltynek

Jan Quast

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18 · Fax: 31 81 03 45
info@janquast.de · www.janquast.de
Mitarbeiter: Carsten Otto, Markus Hahn
(barrierefrei erreichbar)

Wolfgang Rose, Sven Tode, Isabella Vértes-Schütter

Ifflandstraße 85 · 22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12 · Fax: 61 19 83 13
Mail Rose: post@wolfgang-rose.info
www.wolfgang-rose.info
Mail Tode: kontakt@sven-tode.de
www.sven-tode.de
Mail Vértes-Schütter: mail@vertes-schuetter.de
www.vertes-schuetter.de
Mail Büro gesamt: spd-abg-ho-uh@web.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Jan Greve
Täglich geöffnet (barrierefrei erreichbar)

Andrea Rugbarth

Krohnstieg-Center · Krohnstieg 41, III. OG
22415 Hamburg
Tel.: 28 57 48 78 · Fax: 28 57 48 84
rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Bürozeiten: Mo., Mi., Do. 12–18 h, Di. 13–18 h, Fr. 11–14 h
Bürgersprechstunde: Jeden 1.+3. Fr. im Monat
12–14 Uhr, andere Termine nach telefonischer
Abstimmung
(barrierefreier Zugang von allen Ebenen
des Krohnstieg-Centers)

Urs Tabbert

Bussestraße 29 · 22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93 · Fax: 59 35 23 95
urs.tabbert@spd-fraktion-hamburg.de
www.urstabbert.de
Büroleitung: Nicole Horstmann
Mitarbeiter: Tina Winter, Carsten Gerloff, Sebastian
Mietzner, Benjamin Nielsen, Nils Peters
Bürokernzeiten: Mo.–Fr. 9–12 Uhr,
Di. u. Do. 18.30–20 Uhr

Sven Tode

Fuhlsbüttler Straße 458 · 22309 Hamburg
Tel.: 39 87 66 22 · Fax: 39 87 66 24
kontakt@sven-tode.de · www.sven-tode.de
Mitarbeiter: Ines Schwarzarius, Dr. Carsten Maß-
mann, Dr. Alice Otto
Mo. 10–12 und 14–17 Uhr, Mi., Do. u. Fr. 14–17 Uhr
(barrierefrei erreichbar)

Sylvia Wowretzko

Dithmarscher Straße 32 · 22049 Hamburg
Tel.: 18 06 32 41
kontakt@wowretzko.de · www.wowretzko.de
Mitarbeiter: Sabine Bödeker, Alexander Kleinow,
Patricia Kürzinger
Di. 13–18 Uhr, Do. 9–17 Uhr
(barrierefrei)

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 4 60 30 42 p.tschentscher@hamburg.de

stellv. Vorsitzende

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@gmx.de

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 4 28 39-48 20 ralph.bornhoeft@gmx.eu

BeisitzerInnen im GKV

Klages Sönke 01 57/71 33 03 90 soenke.klages@yahoo.de

Ros Karin 01 76/49 77 11 62 ros.karin@alice-dsl.de

Rugbarth Andrea 01 74/9 16 32 52 andrea.rugbarth@gmx.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Bekeris Ksenija 01 63/2 69 20 20 ksenijabekeris@yahoo.de

Buter Maria 2 27 88 06 maria.buter@web.de

Näther Jürgen 01 76/48 12 75 89 juergen.naether@gmx.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabi 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@gmx.de

Langenhorn-Süd

Malik Gulfam 01 79/3 90 74 49 tmgulfam_malik@hotmail.com

Fuhlsbüttel

Bornhöft Ralph 4 28 39-48 20 Ralph.Bornhoeft@gmx.eu

Groß Borstel

Nitruch Barbara 52 87 87 92 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Freitag Jan 88 88 87 77 Freitag@Kanzlei-Michaelis.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 76/20 22 90 05 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Hahn Markus 01 63/9 83 13 30 info@hahn-markus.de

Mühlenkamp

Mellies Dirk 01 60/96 25 47 51 dirkmellies@googlemail.com

Barmbek-Nord/Dulsberg

Wendt Rüdiger 01 70/8 57 52 02 wendtib@gmx.de

Barmbek-Mitte

Kleinow Alex 01 51/40 52 13 87 alex@kleinow.org

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 spd-buh@sven-tode.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Faltynek-Haschke Christine 01 76/57 14 42 70 faltynek@gmx.de

6oplus

Winkel Helgard 01 71/7 88 38 09 huschke@wtnet.de

Bezirksfraktion

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 angelika.bester@t-online.de

Jusos

Heßelbarth Martin 01 73/1 76 71 92 mail@martin-hesselbarth.de

Mitglieder im Landesvorstand aus Hamburg-Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Peter Tschentscher, Sönke Klages und Sylvia Wowretzko: Kontakt siehe oben!

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Schon etwas zum Schmökern
für's Frühstück geholt?

Editorial Design: Bücher, Broschüren, Magazine, Kataloge, Geschäftsberichte, Zeitschriften und Zeitungen

Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann

www.kreativ-
schmie.de

Wir sprechen mit Ihnen und
helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro

Di., Mi., Do. 14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Kreisbüro der SPD
Hamburg-Nord
Am Hasenberge 44
Tel. 4 60 30 42

Mitmachen – Mitreden

Unsere **Kreisvorstandssitzungen** sind parteiöffentlich – Mitglieder sind herzlich willkommen! Die nächsten Vorstandstermine sind **Fr., 5.9., 18 Uhr, Mo., 29.9., 19 Uhr, Mi., 1.10., 19 Uhr, Mi., 19.11., 19 Uhr, Fr., 19.12., 18 Uhr**. Die Sitzungen finden in der Regel in den Räumen des Kreisbüros, Am Hasenberge 44 statt.

Für **Samstag, den 6.9. (voraussichtlich 11–18 Uhr)**, planen wir einen **Workshop** zum Thema „**Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl**“ (im Gemeindesaal St. Marien und im SPD-Kreisbüro, Am Hasenberge 44). Wir wollen unter Einbeziehung möglichst vieler aktiver Mitglieder unsere Impulse und Anträge zum Wahlprogramm vorbereiten. Eine detailliertere Einladung wird noch per Mail erfolgen, aber Ihr könnt Euch bereits jetzt anmelden – telefonisch unter 4 60 30 42 oder per Mail im Kreisbüro hh-nord@spd.de

In der Zeit vom **15.–19.9.** werden die Mitglieder der SPD Hamburg-Nord in „**Wahlkreisvollversammlungen**“ über die Kandidierenden auf den Wahlkreislisten für die Bürgerschaft abstimmen. Die genauen Termindetails stehen noch nicht fest, aber jedes Mitglied wird fristgerecht eine Einladung erhalten. Sobald wir alles Notwendige zusammen haben, werdet Ihr die Termine auf unserer Homepage finden!

Für den **10.10., 18 Uhr**, ist eine **Kreisdelegiertenversammlung (KDV)** geplant. Wir werden an diesem Abend unsere Vorschläge für die Landesliste zur Bürgerschaftswahl abstimmen, aber natürlich auch über unseren Input für das Bürgerschaftswahlprogramm abstimmen und andere inhaltliche Anträge diskutieren und beschließen. Die Delegiertenversammlung findet in den Räumen der Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10, 1. Stock statt.

Am **1.11.** tagt zum einen die **Landesvertreterversammlung**, die die endgültige Landesliste für die Bürgerschaftswahl beschließt, zum anderen (aller Wahrscheinlichkeit nach) auch der **Landesparteitag**, der das Wahlprogramm beschließen wird. Die Delegierten der Distrikte werden rechtzeitig über Zeit und Ort informiert – Mitglieder, die als Gäste teilnehmen wollen, können sich über das Kreisbüro anmelden. Eine **Delegiertenvorbesprechung** ist für **Mittwoch, den 29.10.**, geplant – die Delegierten sollten sich den Termin (**vermutlich 19 Uhr**) schon einmal einplanen.

Nächste Sitzungstermine der **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)** sind am **28.7. und 27.8.** jeweils um **18 Uhr**.

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord:

Aktuelle Termine findet Ihr immer
unter www.spd-hamburg-nord.de/termine

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 41):

01.10.2014. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Möllner Landstr. 20, 22111 Hamburg



E-Mail:
ra.tabbert@rechtfair.com



Telefon:
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg-nord.de

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Urs Tabbert

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Kreativ-Schmie.de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Bilder: S. 1 © Jan Ohmer, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 3 © Elfriede Liebenow, S. 5 © Helene Souza/pixelio.de, Dorothee Martin, S. 6 © M. Ersch/TransFair e.V., S. 7 © SPD Bürgerschaftsfraktion, S. 8 © Karin Ros, S. 9 © SPD Hamburg-Nord

Druck: Flyeralarm, flyeralarm.de